

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marcel Luthe (FDP)

vom 15. Januar 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2019)

zum Thema:

Ringbahnstraße 126 - 134

und **Antwort** vom 29. Januar 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Jan. 2019)

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Abgeordneten Marcel Luthe (FDP)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18 / 17 521

vom 15.01.2019

über „Ringbahnstraße 126-134“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht in eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Um Ihnen ungeachtet dessen eine Antwort zukommen zu lassen, hat er die mit der Verwaltung der Immobilien-Sondervermögen des Landes Berlin betraute BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM GmbH) um Stellungnahme gebeten. Die dem Senat von dort übermittelten Sachverhalte lauten wie folgt:

1) Hat der Senat vor der Anmietung des Objekts Ringbahnstraße 126 - 134 von der Hamburger Paribus-Gruppe alternative Standorte geprüft?

2) Wenn ja, welche konkret und aus welchen Gründen sind diese jeweils verworfen worden? Wenn nein, weshalb nicht?

3) Ist das Objekt aus Sicht des Senats uneingeschränkt für die geplante Verwendung - bitte den genauen Wortlaut der geplanten Verwendung wiedergeben - für die zunächst vereinbarte Mietdauer von 15 Jahren geeignet?

Zu 1., 2. und 3.: Auf die Hauptausschussvorlage – Rote Nummer 1373 – wird verwiesen.

4) War an Standortsuche, Vorbereitung oder Abschluss des Mietvertrages ein Immobilienmakler bzw. eine Person beteiligt, die nach Kenntnis des Senats von einer der Vertragsparteien eine finanzielle Leistung im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss erhalten hat? Falls ja, wer und in welcher Höhe?

Zu 4.: An der externen Standortsuche war ein Maklerbüro beteiligt. Die Anmietung erfolgte für das Land Berlin provisionsfrei, daher ist die Höhe der Maklercourtage dem Senat nicht bekannt.

Berlin, den 29.01.2019

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof
Senatsverwaltung für Finanzen